

V2-Beschluss #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Verschiedene Anträge

517 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
518 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
519 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen
520 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
521 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
522 schließen uns ihren Rufen an: Hambi bleibt! Wir stehen an einem Scheideweg der
523 deutschen und nordrhein-westfälischen Politik: Machen wir weiter nur
524 Lippenbekenntnisse zu internationalen Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor
525 unserer eigenen Haustür einen Wald für den Weiterbetrieb eines der dreckigsten
526 und umweltschädlichsten Geschäftsmodell aller Zeiten roden, oder leiten wir die
527 Wende zu einem innovativen und alles veränderndem Klimaschutz?

528 Die GRÜNE JUGEND NRW stellt fest, dass die schwarz-gelbe Landesregierung unter
529 Armin Laschet nicht gewillt ist, diese Frage aufrichtig zu beantworten.
530 Stattdessen hat sie sich in der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in
531 diesem Herbst zur Handlangerin des Kohle Konzerns RWE und zu einer gefährlichen
532 Eskalationstreiberin entwickelt. Unter dem Strich bleibt eine politische
533 Bankrotterklärung für diese Regierung: Der vermutlich größte und teuerste
534 Polizeieinsatz NRWs, der tausende Polizist*innen verheizt und unzählige
535 Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-
536 Protest der deutschen Geschichte, an dem fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um
537 gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu demonstrieren. Und eine herbe Blamage
538 vor höchster gerichtlicher Instanz, als das Oberverwaltungsgericht Münster die
539 Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit das gesamte Vorgehen der
540 Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ, man setze im Hambacher Wald
541 lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel.

542 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
543 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
544 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine
545 Kehrtwende in der Politik!

546 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

547 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
548 Katastrophe, denn NRW ist Brandherd der europäischen CO₂-Emissionen: Höher als
549 in den USA und fast doppelt so hoch wie in Gesamtdeutschland liegt der
550 Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014). Der Zusammenhang zur historisch
551 starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar: 69 % des nordrhein-
552 westfälischen Energiemixes speisen sich aus der Kohleverstromung (2016:
553 Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener Braunkohlekonzern RWE rangiert
554 auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen weltweit. Es ist vor diesem
555 Hintergrund nicht von der Hand zu weisen, dass NRW sich seiner Verantwortung als
556 großer Mittäter in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

557 Am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche Klimaschutzpolitik, denn das
558 Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Das Pariser
559 Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen.
560 Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald liegt, werden
561 Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde die Braunkohle
562 direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO₂, dass Wald-
563 Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig würden, um die
564 entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch, dass RWE mit
565 der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten schaffen wollte,
566 obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser
567 Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene derzeit
568 über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein vorzeitiger,
569 notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten, aber bisher
570 genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. So würden beispielsweise
571 beim Kohleausstieg im Jahr 2040 nur noch 700 Millionen Tonnen Braunkohle aus den
572 Tagebauen Hambach und Garzweiler benötigt. Das entspricht 30 Prozent der dort
573 noch genehmigten Braunkohlemenge in Höhe von 2,3 Milliarden Tonnen. Bei einem
574 Kohleausstieg bis 2030 wären es sogar nur noch 450 Millionen Tonnen, also 20
575 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten Braunkohlemenge. Eine Rodung
576 des Hambacher Waldes wäre unter diesen Voraussetzungen vermutlich nicht nur
577 unnötig, sondern verkommt zu einem Aggressionakt der Kohlelobby.

578 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
579 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

580 *Wir fordern:*

- 581 • Schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, bis spätestens 2025
- 582 • Vorbereitung einer neuen Leitentscheidung der Landesregierung zu den
583 Tagebauen
- 584 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

585 **Welt retten? Wald retten!**

586 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
587 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
588 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert
589 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140
590 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich
591 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist
592 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen
593 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

594 Auch im Bereich der CO2-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
595 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
596 dementsprechend viel mehr CO2 speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
597 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
598 erhalten werden muss!

599 *Wir fordern:*

- 600 • Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung

601 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
602 **des Waldes!**

603 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
604 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
605 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.
606 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den
607 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt
608 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,
609 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
610 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
611 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
612 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
613 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
614 aussprechen.

615 *Wir fordern:*

- 616 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
617 Protestformen

618 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: Landesregierung muss ihr repressives**
619 **Rechtsverständnis überwinden!**

620 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
621 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
622 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
623 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen
624 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der
625 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei
626 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von
627 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
628 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
629 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimobilien" angeordnet, die
630 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
631 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
632 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu
633 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
634 ein dialogorientierter Interessensausgleich stehen anstelle von repressiver
635 Eskalation.

636 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
637 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit
638 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele
639 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a. von der
640 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften
641 und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur
642 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald
643 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen
644 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis
645 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur
646 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

647 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
648 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
649 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
650 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
651 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
652 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

653 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
654 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
655 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
656 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
657 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
658 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
659 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
660 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
661 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
662 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die

663 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

664 *Wir fordern:*

- 665 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
666 Räumungsaktionen

667 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

668 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
669 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
670 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
671 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
672 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
673 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
674 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
675 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
676 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
677 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
678 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
679 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

680 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
681 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiante Vorgehen gegen
682 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
683 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
684 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns
685 eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

686 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
687 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in
688 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
689 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häuserdächern auf sich aufmerksam
690 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte
691 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
692 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
693 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
694 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
695 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
696 verschließt.

697 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
698 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
699 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

700 *Wir fordern:*

- 701 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 702 • Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in NRW

703 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**
704 **möglich!**

705 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
706 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
707 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
708 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
709 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
710 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
711 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
712 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
713 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
714 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
715 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
716 und deren politischen Unterstützer*innen.

717 *Wir fordern:*

- 718 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 719 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 720 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 721 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind, als
722 Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 723 • Ein europäisches Energienetz

724 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

725 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren
726 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
727 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als
728 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen im Rheinsichen Revier zu
729 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
730 für die GRÜNE JUGEND NRW zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine

731 gerechtere Welt.

732 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,
733 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen
734 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es im Revier viel zu tun.
735 Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze bindet.
736 Darüber hinaus müssen Investitionen des Konzerns RWE, zu denen er sich
737 verpflichten muss, sowie öffentliche Investitionen einen raschen Strukturwandel
738 fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft und auch der Industrie
739 und dem Gewerbe in der Region, die mittel- oder unmittelbar vom bisherigen
740 Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft bietet. Angepackt werden muss
741 das Problem der Infrastruktur, die durch die Tagebaulöcher in der Region,
742 teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften abgeschnitten hat. Ein
743 verbesserter Anschluss an die Städte Köln, Aachen und Mönchengladbach kann für
744 viel Ortschaften ein interessanter Impulsgeber sein, aber auch die Region für
745 Menschen aus den Städten attraktiv machen. Darüber hinaus bietet die
746 Digitalisierung große Chancen für die Region. Digitale Verwaltung,
747 Modellprojekte in der Erprobung neuer Technologien: Wenn das Rheinische Revier
748 beim Strukturwandel ausreichend innovative Impulse erhält, kann die Umgestaltung
749 gelingen und eine attraktive Zukunftsregion entstehen. Die Politik muss jetzt
750 mit den Menschen vor Ort in Dialog treten und mit ihnen gemeinsam den
751 Strukturwandel auf den Weg bringen.

752 Klar für uns ist auch: RWE ist mit dem Ende der Braunkohleverstromung noch lange
753 nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern trägt eine dauerhafte
754 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
755 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
756 zukunftsfähige Neuentwicklung des Rheinischen Reviers voranzutreiben. Dafür wird
757 RWE Rückstellungen bereithalten müssen, um für Kosten aufzukommen. Auch dürfen
758 bei der Neuentwicklung der Region und der Entwicklung von alten RWE-Flächen
759 nicht die Gewinninteressen von RWE, sondern die Interessen der Region und der
760 Allgemeinheit als Ganzes besonders berücksichtigt werden.

761 *Wir fordern:*

- 762 • Eine Beschäftigungsgarantie und Soziale- und Zukunftsprogramme für die
763 Tagebaubeschäftigten
- 764 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung im
765 Rheinischen Revier
- 766 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 767 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
768

sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften

769 **Die Dörfer müssen Leben!**

770 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
771 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
772 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
773 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
774 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
775 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
776 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
777 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht Plünderer
778 an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen in ihre
779 Immobilien aufgeschoben.

780 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein
781 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
782 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die
783 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden im
784 Revier weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr in
785 ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden.

786 Wir fordern:

- 787 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser noch
788 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser
789 bereits abgerissen wurden.

- 790 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
791 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 792 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
793 Dörfern

Begründung

erfolgt mündlich